

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
und der Anzeigen für das Erzgebirge
ausgegeben am 31. Juli 1931.
Sonntags- und Feiertagsausgabe.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
und der Anzeigen für das Erzgebirge
ausgegeben am 31. Juli 1931.
Sonntags- und Feiertagsausgabe.

Telegramm: Kapselamt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 176

Freitag, den 31. Juli 1931

26. Jahrgang

Nach dem englischen Besuch

Von den internationalen Besprechungen zu den inneren Sanierungsmaßnahmen

Abreise MacDonalbs

Berlin, 29. Juli. Premierminister MacDonald ist um 10 Uhr 7 Min. vom Flugplatz Tempelhof nach London gestartet.

Wieder in London

London, 29. Juli. Premierminister MacDonald, der heute vormittag Berlin im Flugzeug verlassen hat, ist auf dem Flughafen Hendon bei London gelandet.

Frieden — Wirtschaft — Abrüstung

Erklärung MacDonalbs

London, 29. Juli. Premierminister MacDonald erklärte sich von den Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern sehr befriedigt. Die Zusammenkunft habe den schönsten Erfolg gezeitigt. Es sei über alles gesprochen worden: Frieden, Wirtschaft, Abrüstung und alle Fragen, die sich daraus bezogen. Mehrere Etappen seien noch zurückzulegen. Das erste sei, auf den Bericht der Bankfachverständigen zu warten, was sehr wichtig sei.

Telegramm MacDonalbs an den Reichskanzler

Berlin, 29. Juli. Der britische Premierminister hat auf seiner Rückreise nach England von Haag aus folgendes Telegramm an den Reichskanzler geschickt: „Bis hierher auf meiner Rückreise gelangt, möchte ich, ehe ich den Kanal überquere, Ihnen versichern, wie sehr mich der herzliche Empfang, den Sie mir bereitet haben, erfreut hat und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß diese Zusammenkunft dem Fortschritt und dem Frieden dienen möge.“

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 29. Juli. Nach dem Diner beim englischen Botschafter und der Abreise Hendersons haben die Reichsminister gestern abend noch eine Sitzung abgehalten, die bis lange nach Mitternacht dauerte und im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden wird. Es liegt auf der Hand, daß die Minister sich zunächst noch einmal über den englischen Besuch unterhalten. In bewährten politischen Kreisen wird immer wieder unterstrichen,

mit welcher Herzlichkeit er sich abgepielt hat. Die englischen Minister haben sich ein Bild von der Wirklichkeit des deutschen Lagers machen können und sind von diesen Eindrücken in der Überzeugung befestigt worden, daß ein enges Zusammenarbeiten der Hauptmächte notwendig ist, um über den jetzigen, auch für die anderen Länder gefährlichen Zustand hinwegzukommen. Man kann deshalb darauf rechnen, daß die internationale Aussprache fortgesetzt wird, zunächst mit den Franzosen, die nach der Tagung des Völkervertrages nach Berlin kommen werden. Der englische Besuch hat rein stimmungsmäßig dazu beigetragen, das Vertrauen zu stärken und damit zweifellos auch eine gewisse Wirkung auf die internationalen Stillhalteverhandlungen ausgeübt. Wie wir erfahren, stehen diese Verhandlungen durchaus günstig und man rechnet damit, daß sie vielleicht schon heute zu einem gewissen Abschluß kommen. Es handelt sich jetzt noch um gewisse Garantien, die die Kreditgeber für die Sicherheit ihrer Gelder erwarten, also um rein finanzielle Einzelfragen, wie sie zu solchen Verhandlungen gehören. Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen steht heute und in den nächsten Tagen das Problem der Freigabe des Zahlungsvorbehalts, die bekanntlich für Montag geplant ist. Es kommt darauf an, Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich aus der plötzlichen Aufhebung der gegenwärtigen Störung im Zahlungsvorbehalt ergeben könnten. Da sich eine Unterscheidung zwischen Spartankonten und laufenden Konten nicht generell durchzuführen läßt, wird man wahrscheinlich zu der primitiveren Differenzierung zwischen Banken und Sparkassen gelangen. In Regierungskreisen wird betont, daß man auch den Spartankonten soweit wie möglich entgegenkommen will. Daneben berät das Kabinett auch bereits die Selbsthilfemaßnahmen, von denen in den letzten Tagen mehrfach die Rede war. Dabei spielt z. B. die Frage eine Rolle, ob es zweckmäßig ist, unsere Devisenbestände willkürlich und unregelmäßig ausgeben zu lassen, oder ob sich nicht eine systematische und sparsame Kontrolle empfiehlt. Auf diesem Gebiet hat das Kabinett mit der vor einigen Tagen erlassenen Verordnung über die Ausgabe von Devisenbeständen Maßnahmen eingeleitet. Weiter berät die Lage der Gemeinden besonderer Aufmerksamkeit, da auch sie sich in den letzten Wochen finanziell außerordentlich zugespitzt hat. In unterrichteten Kreisen unterstreicht man mit Befriedigung als Erfolg der internationalen Verhandlungen der letzten zehn Tage, daß doch eine starke Beruhigung geschaffen worden ist, die es ermöglicht, nun die Maßnahmen durchzuführen, die von innen her die Gesundung unserer wirtschaftlichen Lage herbeiführen sollen.

Beilegung der 100-Mark-Ausreisegeldgebühr bevorstehend

Berlin, 30. Juli. Wie zu erwarten ist, wird die Rotverordnung über die Ausreisegeldgebühr in Höhe von 100 Reichsmark in der nächsten Woche aufgehoben werden.

Moreau zum Mitglied des Komitees zur Prüfung der deutschen Kreditverhältnisse ernannt

Paris, 29. Juli. Als französisches Mitglied des von der Internationalen Zahlungsbank den Beschlüssen der Londoner Konferenz zufolge einzusetzenden Komitees zur Prüfung der deutschen Kreditverhältnisse ist der frühere Gouverneur der Bank von Frankreich und jetzige Direktor der Banque de Paris et des Pays Bas, Moreau, ernannt worden.

Scharfer Angriff Lloyd Georges gegen Frankreich

Buenos Aires, 29. Juli. „Prensa“ veröffentlicht einen scharfen Angriff Lloyd Georges gegen Frankreich, der die Lage Deutschlands mit dem Fall eines sich verblutenden Patienten vergleicht, dessen Wunde ausschließlich damit beschäftigt sind, einen ihrer Kollegen zu verbluten, ihm durch neue Blutentziehung den Gnadenstoß zu geben. Der Franzose — tapfer im Kampf und in der Niederlage — zeige als Sieger seine übelsten Eigenschaften: Anmaßung und Rücksichtslosigkeit.

Freie Gewerkschaften und die gegenwärtige Krise

Berlin, 29. Juli. In seiner heutigen Sitzung hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Entschliessung zur Lage gefaßt, die vor allem die weitere Wertschuldung der Reichsbank fordert, um für die Wiederaufnahme der Zahlungen ausreichende Umlaufmittel zu schaffen. Weiter wird verlangt, daß vor einer vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes nicht zurückgeschritten werden dürfe, um damit die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Währung zu sichern. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandverschuldungen dürfe nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen, wobei das Stillhalteabkommen durch ein teilweises Auslandsmoratorium zu ergänzen sei. Im vierten Punkt der Resolution wird eine maßgebliche Beteiligung des Reiches an der Verwaltung der Banken verlangt. Zu diesem Zweck müsse ein Bankensamt errichtet werden, durch das der inländische Geld- und Kapitalmarkt öffentlich kontrolliert und gelenkt werde. Weiter wird erklärt, daß um die ins Ausland geflohenen Kapitalien der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen, die Rotverordnungen gegen die Kapitalflucht auf ausländische Effekten im deutschen Eigentum zu erweitern seien und daß die Kündigungsfrist für Devisen auf fünfjährige Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitsstermin ausgedehnt werden müsse. Ueber diese Augenblicksforderungen hinaus wird die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle verlangt, daneben die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stärkung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Schließlich, und damit geht auch die Resolution zu allgemeineren Betrachtungen über, wird auf die Notwendigkeit des Abbaus überhöhter Zölle in Landwirtschaft und Industrie und darauf, daß die deutsche Außenpolitik in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein müsse, verwiesen.

Appell der Steuben-Gesellschaft an das amerikanische Volk

Watsdam, 29. Juli. Die Deutsche Steuben-Gesellschaft hat der amerikanischen Presse einen Offenen Brief an das amerikanische Volk und seinen Präsidenten Hoover übergeben, in dem es heißt: Die Ereignisse in Deutschland haben der Welt offenbar gemacht, daß die unerfüllbaren Tributzustände nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedrohen. Soll mit Deutschland nicht die Welt der Gefahr des Bolschewismus ausgeliefert werden, dann muß das Reparationsystem verschwinden. Nach einer Würdigung des Hoover-Planes wie der französischen Widerstände hat das Schreiben weiter: In beispielloser Selbstziplin — nicht in müder Resignation — verbarren das deutsche Volk. Nicht Anleihen, nicht Kredite können Deutschland helfen. Sie sind unwirksame Medizin, solange der Krankheitserregter — das Reparationsystem — nicht entfernt ist. Willigen Fortfall der weder moralisch noch sachlich berechtigten Tributzustände ist das einzige Mittel, das die Gefahren für Deutschland und damit für Europa und die Welt bannen kann. Diese einzig mögliche Lösung erwartet das deutsche Volk und auf dieser Erwartung ist seine Selbstziplin aufgebaut. Das Schreiben schließt mit einem Appell an das amerikanische Volk, seiner Lösung zuzustimmen, die an der Ursache der deutschen Krise und damit der Weltwirtschaftskrise — nämlich am Tributzustand — vorübergeht. Sollte eine Befriedung Europas und damit eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise eintreten, dann müßten die dem deutschen Volke auferlegten, zu seiner Zeit erfüllbaren Tributzustände fallen.

Grundsätzliche Übereinkunft mit den englischen und amerikanischen Banken

Frankfurt a. M., 29. Juli. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, ist nunmehr nach fast dreitägigen Verhandlungen mit den Vertretern der großen englischen und amerikanischen Banken eine grundsätzliche Übereinkunft zustande gekommen. Sie heißt vor, daß die Auslandsbanken mit ihren nach Deutschland gegebenen Krediten billigeren, daß sie aber bis zu einem gewissen Betrage ihrer Forderungen das Recht zur Umlegung der Kredite haben sollen. Als neue Waffe für die umliegenden Staaten sowohl für Bar- als auch für Rembourskredite wird die Goldbilanz dienen. Die bei den Berliner Verhandlungen anwesenden Auslandsbankvertreter waren, soweit England in Frage kommt, von fast fünfzig Firmen bevollmächtigt, die Kredite nach Deutschland gegeben haben. Das amerikanische Verbundamt (Finn-

hagen) nur für die großen Reporter Firmen verhandelt zu haben. Immerhin wird durch die jetzt erreichte prinzipielle Übereinkunft für den größten Teil der noch in Deutschland laufenden Rembourskredite eine Regelung getroffen, und für einen wesentlichen Teil der ausländischen Barchedite. Zu hoffen ist, daß auch die Großbanken in der Schweiz und in Holland sich anschließen werden. Im Hinblick auf die zahlreicheren Kleingläubiger werden noch ergänzende Maßnahmen zu ergreifen sein, die vielleicht in einer verstärkten Verwendungskontrolle der Reichsbank für die angeforderten Devisenbeiträge bestehen könnten. Eine entsprechende Rotverordnung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Reichsverband der deutschen Industrie zur Lage

Berlin, 29. Juli. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie traten am 29. Juli unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Hr. Fromm in einer stark besuchten gemeinsamen außerordentlichen Sitzung zusammen, in der die gegenwärtige währungs-, kredit- und finanzpolitische Lage eingehend besprochen wurde. Die Beratungen wurden eingeleitet durch Berichte von Dr. Silberberg und Geheimrat Kahl über die Entwicklung der Währungs- und Kreditlage in den letzten zehn Wochen, die Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft in dieser Zeit, insbesondere auch die Kreditgarantierung der Wirtschaft, das Rotverordnungsrecht der Reichsregierung und die bisherige Tätigkeit des Reichsverbandes in allen diesen Fragen. Nach einer lebhaften Aussprache, in der die einmütige Tagesordnung gegen die grundsätzliche Regelung des inneren Zahlungsvorbehalts zum Ausdruck kam, billigten Präsidium und Vorstand einmütig die bisherigen Schritte und Maßnahmen der Leitung des Reichsverbandes. Sie sprachen sich insbesondere gegen alle Vorschläge aus, die irgendwie das Vertrauen in die deutsche Währung zu erschüttern geeignet wären. Auf der anderen Seite müßten aber alle durch das Bankgesetz gegebenen Möglichkeiten zur Wiederherstellung des den Bedürfnissen der Wirtschaft fördernden Umlaufes der Reichsbank und zur Beschaffung von Staatsgeld angewandt werden. Man war einmütig der Ansicht, daß, wenn sich angesichts der Entwicklung der Verhältnisse ein hohes Reichsbankdiskont für eine kurze Übergangszeit nicht vermeiden lasse, doch unbedingt dafür Sorge zu ergreifen werden müsse, daß dabei jede Wertverminderung, wie sie da und dort gefordert worden ist, unterbleibe. Es komme darauf an, das Wirtschaft-

schaftsleben vor unerträglichen Belastungen zu bewahren und nicht unüberlegte den schon in bedenklichem Ausmaß bestehenden Schrumpfungstendenzen zu vergrößern. Die Wiedereinführung des normalen Zahlungs- und Umlaufverwehres müsse unter sorgfältiger Beobachtung der Beanspruchung so schnell wie möglich durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des normalen Zahlungs- und Umlaufverwehres seien auch für die Dauer des augenblicklichen Notstandes Maßnahmen zur vorzüglichen Bewirtschaftung des vorhandenen Devisenbestandes einschließlich eines Ausnahmeverwehres für Reichsmarknoten nicht zu vermeiden. Hr. Fromm bestätigte über die Stellungnahme des Reichsverbandes zu der Gestaltung des Sicherungs- und Zahlungsbedingungen in der gegenwärtigen Notzeit. Er ging dabei von dem Beschluß des Präsidiums vom 15. und 16. d. M. aus, nach welchem jede Verschärfung der Sicherungs- und Zahlungsbedingungen unterbleiben müsse. Dieser Beschluß besteht sich besonders auch auf die Fakturierung im Geschäftverkehr und wendet sich gegen jeden Übergang zu einer Fakturierung in Goldmark oder in Auslandswährung im Geschäftverkehr. Alle Versuche einer angestrebten Währungsreform im Rechnungswesen seien geeignet, das Gegenteil von dem Gewünschten herbeizuführen. Der Zweck der Geschäftsbedingungen müsse stets auf die Durchführung des Äquivalenzprinzips gerichtet sein, um für die Leistungen im Geschäftverkehr entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. In einem erneuten Rundschreiben sollen die Verbände vor jeder Verschärfung der Geschäftsbedingungen gewarnt und ersucht werden, darauf zu achten, daß die vereinbarten Bedingungen eingehalten werden.